

Genossenschaften – Akteure des Markts und der Zivilgesellschaft

Mareike Alscher

- Die Genossenschaft als Unternehmens- und Rechtsform wird bisher zu einseitig als Wirtschaftsunternehmen betrachtet. Es gilt, ihr zivilgesellschaftliches Potenzial stärker in den Fokus zu rücken.
- Genossenschaften übernehmen durch ihre demokratisch aufgebaute Organisationsstruktur, zu der eine starke Mitgliederorientierung gehört, gesellschaftliche Verantwortung nach innen. Durch ihr zivilgesellschaftliches Engagement übernehmen sie zugleich Verantwortung nach außen.
- Zivilgesellschaftliches Engagement von Genossenschaften erfolgt durch genossenschaftliche Selbsthilfe und zahlreiche ehrenamtliche Aktivitäten von Genossenschaftsmitgliedern.
- Genossenschaften sind eine beständige Organisationsform, die nicht starr, sondern wandlungsfähig ist. Neue Tätigkeitsfelder von Genossenschaften eröffnen gegenwärtig einen breiten Raum für ein ehrenamtliches Engagement mit Gemeinwesenbezug.
- Genossenschaften, die als Non-Profit-Organisation geführt werden, sind in besonderem Maße Träger von zivilgesellschaftlichem Engagement.

1. Tradition und Spezifik des Genossenschaftswesens

In Deutschland gab es im Jahr 2010 gut 8.000 Genossenschaften. Trotz kleiner Schwankungen in den letzten Jahren und einem leichten Rückgang an Genossenschaften vor allem im landwirtschaftlichen Bereich konnte sich ihre Anzahl relativ stabil halten.

Bei einer Genossenschaft handelt es sich um eine Rechts- und Wirtschaftsform mit nicht geschlossener Mitgliederzahl, deren Zweck es ist, die Eigenwirtschaft der Mitglieder sowie deren soziale oder kulturelle Belange durch einen gemeinsamen Geschäftsbetrieb zu fördern.

Die Organisationsform der Genossenschaft ist in Deutschland historisch tief verwurzelt. Hermann Schultze-Delitzsch (1808–1883) rief 1849 die erste gewerbliche Warengenossenschaft ins Leben. Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818–1888) war 1862 Begründer der Kreditgenossenschaft. Beide gelten als Gründungsväter der modernen Genossenschaftsform. Die Genossenschaften von Schultze-Delitzsch und Raiffeisen entstanden als Ergebnis einer voranschreitenden Industrialisierung, die im handwerklichen, aber auch landwirtschaftlichen Bereich zu einer verstärkten Konkurrenzsituation geführt hatte. Besondere Aufmerksamkeit erfuhren Genossenschaften in der Folgezeit zumeist in gesellschaftlichen Krisensituationen (Hettlage 1998: 143). Das traf sowohl bei fehlender Marktversorgung als auch auf Grenzen staatlicher Leistungsmöglichkeiten zu. Heute noch wird die besondere Leistungs- und Wirkungsfähigkeit von Genossenschaften in Zusammenhang mit einem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandel gebracht (vgl. Eisen 2002: 202). Hierfür verantwortlich sind die normativen Grundsätze der genossenschaftlichen Organisationsform: Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung (vgl. Zerche/Schmale/Blome-Drees 1998: 10 ff.; Bauer 1999).

Solidarische Selbsthilfe in Form einer Genossenschaft dient der Verfolgung gemeinsamer wirtschaftlicher und anderer Interessen, die lokal erkannt, gebündelt und gleichberechtigt sowie demokratisch zum Ausdruck gebracht werden. Durch das Prinzip der genossenschaftlichen Selbsthilfe soll das erreicht werden, was für den Einzelnen nicht möglich ist. Voraussetzung hierfür ist die Bereitschaft der Mitglieder, füreinander einzustehen. Dem Prinzip der Selbsthilfe folgt der Grundsatz der Selbstverwaltung. Dieser bildet den Rahmen für unterschiedliche Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Mitglieder, die die demokratische Struktur einer Genossenschaft ausmachen. Das „Ein-Mitglied-

eine-Stimme-Prinzip“ ist eines der wesentlichsten Mitbestimmungsrechte für Mitglieder. Das Prinzip besagt, dass jedes Genossenschaftsmitglied, unabhängig von der Höhe des eingesetzten Kapitals, eine Stimme hat. Selbsthilfe und Selbstverwaltung ziehen wiederum Selbstverantwortung nach sich. Diese Selbstverantwortung zeigt sich darin, dass die Mitglieder das Kapital der Genossenschaft eigenständig aufbringen müssen.

Die Idee der Kooperation, der Gedanke des Kräftebündelns und der synergetische Austausch unter Einbeziehung der Selbstständigkeit bieten weitreichende Möglichkeiten, um neben bestimmten ökonomischen Auswirkungen auch ökologische, soziale oder kulturelle Wandlungsprozesse aufzufangen und mitzugestalten. Genossenschaften sind von daher keine starre Organisationsform, sondern wandeln sich in Abhängigkeit zur jeweiligen Umgebung und den Beteiligten. Die in den letzten Jahren zunehmende Anzahl von Genossenschaftsgründungen in neuen Tätigkeitsfeldern und die letzte Novelle des Genossenschaftsgesetzes bestätigen dies. Im August 2006 trat das „Gesetz zur Einführung der Europäischen Genossenschaft und zur Änderung des Genossenschaftsgesetzes“ (GenG) in Kraft. Auf der Grundlage eines vorangegangenen Beschlusses der Europäischen Union wurde die Europäische Genossenschaft (Societas Cooperativa Europae, abgekürzt SCE) eingeführt. Auf nationaler Ebene bestand dadurch die Möglichkeit, das eigene Genossenschaftsgesetz zu modernisieren. Mit dem Ziel, bestehende Genossenschaften und genossenschaftliche Neugründungen attraktiver zu machen, wurde der Gesetzestext überarbeitet und in einzelnen Punkten verändert. Eine wesentliche Neuerung bestand in der Ausweitung der möglichen Zwecke, die eine Genossenschaft verfolgen kann. Bisher waren diese nach § 1 (1) GenG ausschließlich auf die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaftstätigkeit der Mitglieder ausgerichtet. Im

neuen Gesetzestext wurden die Zwecke um die Förderung der Mitglieder und deren soziale oder kulturelle Belange – durch den gemeinschaftli-

chen Geschäftsbetrieb – erweitert. Das Genossenschaftswesen wurde damit zunehmend für soziale Vorhaben interessant.

2. Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements in Genossenschaften

Genossenschaften gelten selbst in Krisenzeiten als eine der insolvenzsichersten Unternehmensformen, deren wirtschaftliche Potenziale immer wieder Aufmerksamkeit finden (vgl. Vogt 2011). Sie auf das Moment ihrer Wirtschaftlichkeit zu reduzieren, wird dem deutschen Genossenschaftswesen nicht gerecht. Genossenschaften sind zwar einerseits Wirtschaftsunternehmen, bieten aber andererseits zahlreiche Anknüpfungspunkte, sie auch als Träger gesellschaftlicher Verantwortung zu sehen. Es sind hier vor

allem die Zusammenhänge mit zivilgesellschaftlichen Engagementformen, die in den öffentlichen Debatten oft ausgeblendet werden. Dadurch werden Chancen vertan, den innovativen Potenzialen zwischen der Rechtsform Genossenschaft und dem Engagement die nötige Aufmerksamkeit zu schenken. Die Verbindung von ökonomischer Ausrichtung und zivilgesellschaftlichen Engagementformen ist für Genossenschaften in zwei Richtungen nachweisbar (vgl. Abb. 1).

Abbildung 1: Zivilgesellschaftliche Engagementformen in Genossenschaften

Genossenschaftliche Selbsthilfe: Engagement durch gegenseitige Hilfe in der Genossenschaft	Ehrenamtliches Engagement: Engagement durch freiwillige und unentgeltliche Übernahme von Aufgaben zum Wohle der Organisation und einer breiteren Allgemeinheit
---	---

Genossenschaften als institutionelle Variante für zivilgesellschaftliches Engagement in den Blick zu nehmen, liegt zunächst im Selbsthilfegedanken begründet, den Genossenschaften seit jeher verfolgen. Durch den Gedanken der Selbsthilfe lassen sich Genossenschaften traditionell zur Infrastruktur des Engagements rechnen. Genossenschaftliche Selbsthilfe ist eine kooperative Form des Engagements. Unter genossenschaftlicher Selbsthilfe wird der Zusammenschluss von mindestens drei Personen verstanden, die wirtschaftliche und andere Ziele verfolgen, finanziell füreinander einstehen sowie ihre Zusammenarbeit demokratisch organisieren. Zivilgesellschaftliches Engagement findet sich in dem Moment der gegenseitigen Hilfe.

In Genossenschaften sind verschiedene Formen des ehrenamtlichen Engagements zu finden, auf die die allgemeinen Charakteristika von Engagement zutreffen. Es handelt sich um ein individuelles Handeln, das sich durch Freiwilligkeit, fehlende persönliche materielle Gewinnabsicht und eine Ausrichtung sowohl auf das Organisationsleben, d. h. nach innen, als auch auf das Gemeinwohl, d. h. nach außen, auszeichnet. Eine Verfolgung individueller Interessen wird dabei nicht ausgeschlossen. Ein ehrenamtliches Engagement kann die Bereitstellung von Zeit beinhalten, es kann aber auch durch das Spenden von Geld oder anderen materiellen Gütern erfolgen. Das Engagement findet im öffentlichen Raum statt, das heißt in einer Organisation.

3. Zivilgesellschaftliches Engagement von Genossenschaften in der Praxis

3.1 Genossenschaftliche Selbsthilfe als Engagement

Genossenschaftliche Selbsthilfe erfolgt durch eine Genossenschaftsgründung. Die in den letzten Jahren zunehmende Zahl von solchen Gründungsinitiativen weist auf einen Strukturwandel und eine Bedeutungszunahme des Genossenschaftswesens hin. Vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen rücken die Potenziale von Genossenschaften wieder stärker in den Mittel-

punkt des gesellschaftlichen Geschehens. Eine genauere Betrachtung des Neugründungsgeschehens in Deutschland offenbart zwischen den Jahren 2000 – 2006 nicht nur einen deutlichen Aufwärtstrend im Gründungsgeschehen, sondern auch ein vielseitiges Erscheinungsbild (vgl. Alscher 2008). Es zeigt sich einerseits, dass die meisten traditionellen Betätigungsfelder wie die Bereiche Ein- und Verkauf oder Wohnen nicht an Bedeutung verlieren, andererseits aber neue Bereiche hinzugekommen sind (vgl. Tab. 1).

Tabelle 1: Traditionelle und neue Tätigkeitsfelder von Genossenschaften

Traditionelle Tätigkeitsfelder	Auswahl an neuen Tätigkeitsfeldern
Wohnen	Kommunale Aufgaben (z. B. Wasserversorgung)
Konsum (Ein- und Verkauf)	Umwelt und Energie
Handwerk	Gesundheitswesen
Bankwesen	Soziales
Landwirtschaft	Tourismus
Gewerbe	Bildung
—	IT/Neue Medien
—	Kultur und Sport
—	Verwaltung
—	Beratung
—	Verlagswesen
—	Gastronomie

Die Ausweitung der Tätigkeitsfelder zeigt, dass durch Genossenschaftsgründungen aktuelle gesellschaftliche Fragestellungen aufgegriffen werden. Zu jenen Feldern, in denen sich Genossenschaften neu etablieren, können Bereiche wie *Gesundheitswesen*, *Beratung*, *Kommunale Aufgaben*, *Soziales* sowie *Umwelt und Energie* gezählt werden. Auch Wohnungsbaugenossenschaften sind

im Zeitraum 2000 – 2006 im Gründungsgeschehen vergleichsweise stark vertreten. Dabei handelt es sich im Unterschied zu den traditionellen Wohnungsbaugenossenschaften zumeist um kleinere, alternative Vorhaben, die einen sozialen Bezug, wie z. B. Wohnen im Alter, aufweisen. Genossenschaftsgründungen sind in diesen Feldern nicht nur eine Antwort auf bestimmte

gesellschaftliche Trends und Anforderungen, sondern sie stellen eine Lösung für vorliegende Problemlagen dar. Im kommunalen Bereich wird beispielsweise durch die Gründung einer Wassergenossenschaft die Wasserver- und Abwasserentsorgung in einer Gemeinde sichergestellt. Ein genossenschaftlich organisiertes Bioenergie-dorf deckt aus nachwachsenden Rohstoffen den kompletten Strom- und Wärmebedarf für die Einwohner. Auch Hallen- und Freibäder werden als Genossenschaften geführt, mit dem Ziel, das sportliche Freizeitangebot in Gemeinden zu bereichern oder am Leben zu halten. Stadtteilgenossenschaften wiederum reagieren auf soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit und Integrationsfragen vor Ort. Eine Stadtteilgenossenschaft agiert beispielsweise als Dach für verschiedene Betriebe und achtet dabei auf die Einbindung von Langzeitarbeitslosen und Personen mit Migrationshintergrund. In der Rolle einer Dienstleistungsagentur vermittelt sie ihren Mitgliedern Aufträge und fördert ein Wirtschaftsnetzwerk, durch welches das lokale Gewerbe entwickelt wird. Viele der in den letzten Jahren neu gegründeten Genossenschaften bieten diverse Dienstleistungen an. Verschiedene Angebote wie bildungs-, tourismus- und kulturorientierte Dienstleistungen gehören mittlerweile fest zum Spektrum des deutschen Genossenschaftswesens. Für die Zukunft wird einerseits erwartet, dass sich die vorhandenen Trends verstärken. Andererseits geht man davon aus, dass es vor allem in den Bereichen *Kommunale Aufgaben, Soziales, Kultur und Sport* vermehrt zu Neugründungen kommen wird.

Die neuen Tätigkeitsfelder sind oft direkt auf ein stärkeres Engagement der Bürger ausgerichtet oder beziehen es stärker ein (vgl. Alscher/Priller 2007). So ist es im Rahmen dieser vielfältigen Selbsthilfeinitiativen in einigen Genossenschaften üblich, verstärkt gemeinschaftliche Aktivitäten auszuüben. Durch Hausfeste und Aktionen

wie beispielsweise ein Subotnik oder ein Fußballturnier wird das interne Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt. Genossenschaftliche Selbsthilfe fördert so eine Organisationskultur, in der ein besonderes Gemeinschafts- und Verantwortungsverständnis gelebt wird und in der ehrenamtliche Engagementformen praktiziert werden.

3.2 Ehrenamtliches Engagement in Genossenschaften

Ehrenamtliches Engagement realisiert sich in Genossenschaften in zwei Formen: in ehrenamtlich ausgeführten Leitungs- und Aufsichtsfunktionen und in darüber hinausgehenden ehrenamtlichen Aktivitäten, die sich an das lokale Gemeinwesen richten. Herkömmlich werden bestimmte Gremien der Leitung und Kontrolle in Genossenschaften durch ehrenamtliche Tätigkeiten geprägt. Leitungs- und Kontrollfunktionen, die ehrenamtlich ausgeführt werden, sind in Genossenschaften der Vorstand und der Aufsichtsrat. Im Gesetzestext heißt es hierzu (vgl. <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/geng/gesamt.pdf>): „§ 24 (3): Die Mitglieder des Vorstandes können besoldet oder unbesoldet sein. (...)“ sowie „§ 36 (2): Die Mitglieder des Aufsichtsrats dürfen keine nach dem Geschäftsergebnis bemessene Vergütung beziehen.“ Im Sinne einer demokratischen Organisationsstruktur stellen diese Ehrenämter ein wesentliches Funktionsprinzip der Rechts- und Unternehmensform dar. Der ehrenamtliche Vorstand trägt die gleiche Verantwortung wie der hauptamtliche Vorstand, das heißt, er ist mit vollem Stimmrecht für die ordnungsgemäße Geschäftsführung zuständig. Vor allem in kleineren Genossenschaften sind Vorstände oft nicht hauptamtlich tätig. Gibt es einen hauptamtlichen und einen ehrenamtlichen Vorstand, ist letzterer ein wichtiges Gegengewicht zu den hauptamtlichen Vorstandsmitgliedern. Dieses Gegengewicht soll zwischen der Leitung der Genossenschaft und

der Basis, das heißt zwischen dem Management und den Mitgliedern, einen besseren Austausch ermöglichen. Die Interessen der Mitglieder werden so stärker berücksichtigt.

Neben den formal definierten Ehrenämtern erfolgt in Genossenschaften ein Engagement der Mitglieder und Mitarbeiter, das über den engen erwerbstätigen und wirtschaftlich angerechneten Beschäftigungsanteil hinausreicht. Es handelt sich um Aktivitäten, die sich stärker an das lokale Gemeinwesen richten. Dieses Engagement lässt sich als eine Form der Corporate Citizenship einordnen. Corporate Citizenship (CC) bezeichnet das über die eigentliche Geschäftstätigkeit hinausgehende Engagement von Unternehmen zur Lösung gesellschaftlicher Fragen (vgl. Backhaus-Maul et al. 2008). Das Engagement umfasst in Genossenschaften vor allem Zeit- sowie Geld- und Sachspenden, die von den Genossenschaftsmitgliedern erbracht werden (vgl. Alscher 2008). Besonders reicht das Engagement in Bereiche wie Bildung, Soziales, Kultur, Ernährung, Stadtentwicklung, Nachbarschaftshilfe und Freizeit. Im Einzelnen lassen sich Tätigkeiten wie die freiwillige Beratung von benachteiligten Jugendlichen in Fragen ihrer Integration in den Arbeitsmarkt, der Einsatz zum Erhalt öffentlicher Grünflächen, die Durchführung kulturhistorischer Führungen oder die Veranstaltung von Kiezfesten zur Entwicklung der Umgebung nachweisen. Darüber hinaus leisten Genossenschaften Sachspenden wie z. B. durch die kostenlose Essensausgabe an benachteiligte Kinder. Geldspenden erfolgen beispielsweise durch Wohnungsbaugenossenschaften, die von ihren mo-

natlichen Mieteinnahmen einen Betrag einbehalten, der am Ende des Jahres für einen gemeinnützigen Zweck gespendet wird.

Angesichts unterschiedlicher Tätigkeitsbereiche, Größen und Arbeitsweisen der Genossenschaften kann auch das Verhältnis zwischen der wirtschaftlich ausgerichteten Tätigkeit und dem zivilgesellschaftlichen Engagement durchaus mannigfaltig sein und ein breites Spektrum von Formen aufweisen.

In Genossenschaften, die sich mit wenig Mitteln gründen, ist es normal, dass in der Aufbauphase oder in Phasen wirtschaftlicher Schwierigkeiten Mitglieder viele Aufgaben unentgeltlich übernehmen. Auch Vorstandstätigkeiten werden dann in der Regel ehrenamtlich ausgeführt. In einer guten wirtschaftlichen Situation kann das ehrenamtliche Engagement durchaus in hauptamtliche Tätigkeiten umschlagen oder als eigenständige Größe neben dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb stehen bleiben. Es wird dann von einem breiten Mitgliederkreis aus Verantwortungsgefühl und Freude an der Sache geleistet. Gleichzeitig kann das Engagement, das durch die Genossenschaftsmitglieder gelebt wird, Resultat des Unternehmenszwecks sein, das heißt, es ist Ergebnis der Ideen und Inhalte, die mit dem Unternehmen verfolgt werden. Beispielsweise ist ein ehrenamtliches Engagement, im Rahmen des Unternehmenszwecks für Studenten bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen und eine internationale Begegnungsstätte zu schaffen, in der Freiräume zur eigenen Mitgestaltung angeboten werden, Teil des genossenschaftlichen Grundgedankens.

4. Engagement-affine Genossenschaften

Es gibt einzelne Genossenschaften, in denen das ehrenamtliche Engagement mit lokalem Gemeinwesenbezug einen besonderen Stellenwert

hat. Im Einzelnen sind dies: Gemeinnützige Genossenschaften, Sozialgenossenschaften und Genossenschaften mit „sozialer Mission“. Die drei

Formen sind nicht eindeutig voneinander abgrenzbar. So können Sozialgenossenschaften als auch Genossenschaften mit „sozialer Mission“ gemeinnützig sein. Wiederum lassen sich einzelne Sozialgenossenschaften als Genossenschaften mit „sozialer Mission“ identifizieren. Ihnen gemein ist allerdings, dass es sich zumeist um Genossenschaften handelt, die als Non-Profit-Organisation geführt werden. Non-Profit-Organisationen sind durch eine formale Struktur, die organisatorische Unabhängigkeit vom Staat, eine eigenständige Verwaltung und freiwilliges Engagement gekennzeichnet (vgl. Zimmer/Priller 2007). Sie arbeiten nicht-gewinnorientiert, das heißt, sie schütten ihre erzielten Gewinne nicht an ihre leitenden Angestellten oder Mitglieder aus, sondern sie verwenden diese ausschließlich für die Zwecke der Organisation.

Gemeinnützige Genossenschaften

Derzeit verzeichnet das Genossenschaftsregister rund 400 gemeinnützige Genossenschaften. Es handelt sich in erster Linie um Wohnungsbau-genossenschaften, die sich – trotz der Aufhebung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes im Jahre 1989 – für die weitere Einhaltung bestimmter Gemeinnützigkeitsprinzipien entschieden haben. Darunter fällt z. B. die Beschränkung der Miethöhe oder der Verzicht auf Gewinnausschüttung. Daneben gibt es gemeinnützige Genossenschaften, die vorrangig in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung sowie Landwirtschaft tätig sind. Der Gemeinnützigkeitsstatus einer Organisation wird oft in Zusammenhang mit dem ehrenamtlichen Engagement gebracht, das hier stattfindet. Um als gemeinnützig anerkannt zu werden, müssen die Organisationen auf uneigennützigem Weg die Allgemeinheit fördern und dafür in bestimmten Tätigkeitsfeldern wie dem Gesundheitswesen, der Denkmalpflege oder auch der Jugend- und Altenhilfe tätig sein. Da die gemeinnützigen

Organisationen nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche, sondern ihre satzungsmäßigen Zwecke ausüben, ist das freiwillige und unentgeltliche Engagement oft Teil der Organisationskultur.

Sozialgenossenschaften

Als Sozialgenossenschaften bezeichnet man jene Genossenschaften, die im sozialen Sektor arbeiten und vor dem Hintergrund sozialer Bedürfnisse tätig sind (vgl. Flieger 2003). Unterscheiden lassen sich Sozialgenossenschaften Betroffener, solidarische Sozialgenossenschaften und professionelle Sozialgenossenschaften. Zu diesen Organisationen zählen Arbeitslosengenossenschaften, Schulgenossenschaften, Sekundär-genossenschaften der Behindertenwerkstätten, Verwaltungsgenossenschaften sozialer Einrichtungen, Seniorengenossenschaften und Wohnungsgenossenschaften in sozialen Brennpunkten sowie Stadtteilgenossenschaften. Es ist vor allem die Form der solidarischen Sozialgenossenschaft, unter die beispielsweise Schul- und Seniorengenossenschaften fallen, in denen verstärkt auf ein zivilgesellschaftliches Engagement zurückgegriffen wird. Die sozialen Dienstleistungen erfolgen hier aus Gründen der Solidarität und nicht wegen eines Entgelts. Ziel ist es, die Lebensbedingungen der Mitglieder oder auch Externer zu erleichtern. Aber auch in Stadtteilgenossenschaften, die lokale Probleme aufgreifen, spielt ein freiwilliges zusätzliches Engagement durch Genossenschaftsmitglieder im Kiez eine wichtige Rolle.

Man geht gegenwärtig von rund 100 Sozialgenossenschaften in Deutschland aus. Ein Blick auf das genossenschaftliche Gründungsgeschehen zwischen den Jahren 2000 und 2006 zeigt, dass in dieser Zeit auch in den sozialgenossenschaftlichen Bereich Bewegung kam (vgl. Alscher 2008). Es wurden hier vor allem Arbeitslosen- und Stadtteilgenossenschaften neu gegründet.

Beispiel 1 für eine Sozialgenossenschaft

„Stadtteilgenossenschaft Wedding eG“

Die Stadtteilgenossenschaft Wedding eG ist ein Zusammenschluss unterschiedlicher Betriebe, die Dienstleistungen in Bereichen wie Maler- und Lackierarbeiten oder dem Baugewerbe anbieten. Die Genossenschaft übernimmt in dem Wirtschaftsnetzwerk die Funktion einer Dienstleistungsagentur und vermittelt u. a. Aufträge. Sie wurde im Jahr 2000 in Berlin Wedding gegründet, um das lokale Gewerbe in dem damals sozial und wirtschaftlich prekären Stadtteil zu fördern. An die Verwirklichung wirtschaftlicher Ziele sind soziale Ziele gebunden. Es geht dabei um eine soziale Stadtentwicklung, die auf die Einbindung von Langzeitarbeitslosen und MigrantInnen sowie die kulturelle Belebung des Kiezes abzielt. Das soziale Engagement der Genossenschaft zeigt sich z. B. in der Unterstützung des „Sprengelhauses“, einem interkulturellen Gemeinwesenzentrum, oder in der Veranstaltung der „Sprengelwochen“, ein Kulturevent, das der Zusammenführung der Kiezbewohner dient.

Genossenschaften mit „sozialer Mission“

Genossenschaften mit „sozialer Mission“ sind jene, die sich eindeutig als Non-Profit-Organisation identifizieren lassen (vgl. Fritsch et al. 2011). Auch bei diesem Genossenschaftstyp impliziert der Non-Profit-Status einen gewissen Grad an ehrenamtlichem Engagement in der Organisation. Neben Sozial- und Wohnungsbau-

genossenschaften und jenen, die einen steuerrechtlichen Gemeinnützigkeitsstatus haben, sind Genossenschaften mit „sozialer Mission“ solche, die in den Bereichen Kindertagesbetreuung, Schule, Kranken- und Altenpflege sowie Sozialwesen arbeiten oder als Zoologische Gärten/Naturparks und kirchlich-religiöse Einrichtungen tätig sind.

Beispiel 2 für eine Genossenschaft mit sozialer Mission

„Schule macht Energie eG“

Die Genossenschaft „Schule macht Energie eG“ ist aus einer Initiative von Eltern und Lehrern entstanden, die sich für den Einsatz von regenerativen Energien einsetzen. Bisher hat die Genossenschaft auf den Dächern von vier Schulen Photovoltaik-Anlagen errichtet. Auch in Zukunft sollen weitere Projekte zur Erzeugung ökologischer Energie dort umgesetzt werden, wo die Genossenschaftsmitglieder leben und arbeiten. Die Genossenschaft sieht sich als ein Beispiel für bürgerschaftliches Engagement im Klimaschutz. Beispielsweise fördert sie Klimaschutzaktivitäten an den Schulen, auf deren Dächern die Photovoltaik-Anlagen installiert sind.

5. Fazit

Genossenschaften sind gegenwärtig eine gefragte Rechts- und Unternehmensform. Ihre soziale und ökonomische Bedeutung ist nicht von der

Hand zu weisen. Durch ihre Doppelfunktion, sowohl für die Mitglieder als auch für das Gemeinwesen einen Beitrag leisten zu können, be-

sitzen Genossenschaften ein besonderes Engagementpotenzial. Als Unternehmen übernehmen sie Verantwortung nach innen, das heißt, sie zeichnen sich durch ihre demokratische sowie durch Solidarvorstellungen geprägte Organisationsstruktur und -kultur aus. Zugleich wird durch Genossenschaftsmitglieder Verantwortung nach außen übernommen, das heißt für eine breitere Allgemeinheit. Das Engagement durch Genossenschaften ist ein wichtiges, ihre Wirtschaftstätigkeit förderndes und begleitendes Merkmal. Die genossenschaftlichen Grundsätze von Kooperation, solidarischem Agieren und Selbsthilfe schließen an sich bereits Elemente des ehrenamtlichen Engagements mit ein. Neben dem traditionellen Ehrenamt ist in Genossenschaften eine Vielfalt an freiwilligen und unentgeltlichen Aktivitäten anzutreffen, die für die Gesellschaft einen sozialen, kulturellen und ökologischen Mehrwert darstellen. Für die Zukunft ist zu erwarten, dass aufgrund des vielseitigen Erscheinungsbildes von Genossenschaften und der Erschließung neuer Tätigkeitsfelder künftig vermehrt auf die alte Idee der Kooperation und Selbsthilfe zurückgegriffen wird und Genossenschaften auch weiterhin eine wichtige Rolle in der Gesellschaft spielen werden. Genossenschaf-

ten sollten von daher nicht auf ihre Wirtschaftstätigkeit reduziert werden. Vielmehr gilt es, ihrem breit angelegten Potenzial vermehrt Aufmerksamkeit zu schenken. Hierfür ist es erforderlich, das empirische Wissen zu Genossenschaften als Träger gesellschaftlicher Verantwortung und ehrenamtlichen Engagements auszubauen und stärker öffentlich zu kommunizieren. Davon profitieren ganz sicher nicht nur die Genossenschaftler selber, sondern die Gesellschaft insgesamt.

Zur Autorin

Dipl.-Soz. Mareike Alscher ist seit Mai 2008 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Projektgruppe Zivilengagement. Zuvor hatte sie im Februar 2008 ihr Studium in Soziologie an der Freien Universität Berlin abgeschlossen und ist seit dem in verschiedenen Projekten zum Thema bürgerschaftliches Engagement und Dritter Sektor involviert gewesen. Derzeit bearbeitet Frau Alscher das Projekt „Jugendliche und zivilgesellschaftliche Organisationen“. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Dritter Sektor, Engagement, Zivilgesellschaft und Gender.

Internetquelle:

<http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/geng/gesamt.pdf>, Zugriff 22.08.2011

Literatur

- Alscher, Mareike (2008): Genossenschaften und Engagement – Das erfolgreiche Zusammenspiel zweier Konzepte. Saarbrücken: VDM Verlag 2008.
- Alscher, Mareike/Priller, Eckhard (2007): Selbsthilfe aus der Tradition in die Zukunft. Genossenschaften als Organisationsform bürgerschaftlichen Engagements. In: Stiftung und Sponsoring. Das Magazin für Non-Profit-Management und -Marketing, Heft 3, S. 15–16.
- Backhaus-Maul, Holger/Biedermann, Christiane/Polterauer, Judith/Nährlich, Stefan (Hrsg.) (2008): Corporate Citizenship in Deutschland. Bilanz und Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Bauer, Heinrich (1999): Die Genossenschaft. Recht und Praxis. Wiesbaden: Deutscher Genossenschaftsverlag eG.
- Beher, Karin/Liebig, Reinhard/Rauschebach, Thomas (2000): Strukturwandel des Ehrenamts. Gemeinwohlorientierung im Modernisierungsprozess. Weinheim und München: Juventa Verlag Beltz PsychologieVerlags-Union.
- Braun, Joachim/Röring, Peter (1987): Praxis der Selbsthilfeförderung. Das freiwillige soziale Engagement am Beispiel von vier Städten. Frankfurt/Main: Campus Verlag.
- Eisen, Andreas (2002): Die Genossenschaft ist ein Zukunftsmodell. Neue Genossenschaften und neue Perspektiven für genossenschaftliche Lösungen. In: Harnisch, Markus (Hrsg.): Genossenschaftsmodelle – zwischen Auftrag und Anpassung. Berlin: Papyrus Druck GmbH, S. 201–218.
- Flieger, Burghard (2003): Sozialgenossenschaften. Neu-Ulm: AG SPAK Bücher Genossenschaftsforum e. V. (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement als genossenschaftliche Ressource. Berlin: edition arkadien.
- Fritsch, Sigrid/Klose, Manfred/Opfermann, Rainer/Rosenski, Natalie/Schwarz, Norbert/Anheier, Helmut/Spengler, Norman (2011): Abschlussbericht Modul 1 Zivilgesellschaft in Zahlen. DeStatis/Centrum für soziale Investitionen und Innovationen, Universität Heidelberg.
- Hettlage, Robert (1998): Die Genossenschaft. Unternehmen und Organisationen des Dritten Sektors. In: Graf Strachwitz, Rupert (Hrsg.): Dritter Sektor – Dritte Kraft: Versuch einer Standortbestimmung. Düsseldorf: Raabe, S. 141–161.
- Vogt, Walter (2011): Wir eG statt Ich AG. Solidarische Ökonomie hat Zukunft. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): WISO direkt, Analysen und Konzepte zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Mai 2011.
- Zerche, Jürgen/Schmale, Ingrid/Blome-Drees, Johannes (1998): Einführung in die Genossenschaftslehre. Genossenschaftstheorie und Genossenschaftsmanagement. München: R. Oldenbourg Verlag.
- Zimmer, Annette/Priller, Eckhard (2007): Der Dritte-Sektor-Ansatz und seine Begrifflichkeiten. In: Zimmer, Annette/Priller, Eckhard (Hrsg.): Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 15–27.

Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Förderung der Bürgergesellschaft bleibt ein zentrales Thema der aktuellen Reformdebatte. Der Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ ist in diesem Diskurs seit dem Jahr 2001 ein Forum, das reformpolitisch relevante Themenstellungen aufgreift, analysiert und in der politischen Debatte Stellung bezieht. Damit soll ein Beitrag geleistet werden, ein Netzwerk für die politische Beratung institutioneller Reformpolitik aufzubauen und dessen Überlegungen der Politik vorzustellen. Der Arbeitskreis versteht sich insofern als kritischer Impulsgeber für die öffentliche Reformdebatte.

Anlass und Ausgangspunkt bildet das Interesse, die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und des darin liegenden Demokratisierungspotentials einerseits und die Staatsmodernisierung in Kategorien des aktivierenden Staates andererseits zusammenzubringen. Das Augenmerk des Arbeitskreises gilt in erster Linie der Stärkung der Bürgergesellschaft und entsprechender Partizipationschancen: Diese Perspektive bestimmt die zu formulierenden Modernisierungsanforderungen an staatliche Instanzen und Akteure.

Die persönlich eingeladenen Mitglieder des Arbeitskreises reflektieren den interdisziplinären Arbeitsansatz: Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat Persönlichkeiten aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft, Wirtschaft, Medien, Verbänden und anderen gesellschaftlichen Organisationen gewinnen können, ihre fachlichen und persönlichen Erfahrungen dem Arbeitskreis zur Verfügung zu stellen. Neben diesen ständigen Teilnehmern werden zu den jeweiligen Themen Einladungen an einen themenspezifisch kompetenten Adressatenkreis ausgesprochen.

In regelmäßigen Sitzungen diskutiert der Arbeitskreis Themen, die der praktischen Umsetzung bürgerschaftlichen Engagements und der Entwicklung der Bürgergesellschaft förderlich sind. Sie werden zudem auf Fachkonferenzen, öffentlichen Veranstaltungen oder über Analysen und Gutachten aufgegriffen und vom Arbeitskreis kritisch begleitet. Zugleich dient dieser Gesprächszusammenhang dem Informations- und Erfahrungsaustausch und der Vernetzung seiner Mitglieder und ihrer Praxisfelder.

Der Arbeitskreis wird geleitet von einer Steuerungsgruppe (Dr. Michael Bürsch, Dr. Ansgar Klein, Dr. Susanne Lang, Dr. Serge Embacher, Vesna Rodić) und ist organisatorisch in der Arbeitseinheit Kommunikation & Grundsatzfragen der Friedrich-Ebert-Stiftung angesiedelt.

Ausführliche Informationen, Kontaktpersonen, Ergebnisse der Plenardebatten sind auf den Internetseiten des Arbeitskreises dokumentiert: <http://www.fes.de/buergergesellschaft/>

Die Publikationen sind abzurufen unter www.fes.de/buergergesellschaft „Analysen – Analysen des Arbeitskreises“ oder http://www.fes.de/library/ask_digbib.html.

Analyse-Reihe „betrifft: Bürgergesellschaft“

<http://www.fes.de/buergergesellschaft/publikationen/download.htm#BetrifftBuerger>

- 36/ Genossenschaften – Akteure des Markts und der Zivilgesellschaft, Mareike Alscher
- 35/ Stiftungen im Visier der Nationalen Engagementstrategie – Engagementpolitische Erwartungen und sektorale Wirklichkeit, Berit Sandberg
- 34/ Bürgerengagement und demographischer Wandel, Christiane Dienel
- 33/ Die Bürgergesellschaft als Kern nachhaltiger Entwicklung, Michael von Hauff
- 32/ Entbürokratisierung für die Bürgergesellschaft, Ortlieb Fliedner
- 31/ Wie kommt die Bürgergesellschaft in den Sozialraum? Engagementförderung in benachteiligten Stadtteilen, Oliver Fehren
- 30/ Bürgerhaushalt: Information, Partizipation, Rechenschaftslegung, Martin Rüttgers
- 29/ Integration und sozialer Zusammenhalt in der Bürgergesellschaft, Lale Akgün
- 28/ Die Bürgergesellschaft – ein blinder Fleck der Betriebswirtschaftslehre?, Berit Sandberg
- 27/ Familien und bürgerschaftliches Engagement, Gisela Notz
- 26/ Genderbudgeting in der Bürgergesellschaft, Christine Färber
- 25/ Baustelle Gemeinnützigkeit. Zur aktuellen Diskussion über Änderungen der gesetzlichen Regelungen im Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht, Michael Ernst-Pörksen
- 24/ Advokatorische Think Tanks und die Politisierung des Marktplatzes der Ideen, Rudolf Speth
- 23/ Zukunft gestalten – Strukturwandel in der Arbeiterwohlfahrt. Verbandsentwicklung und bürgerschaftliches Engagement, Wilhelm Schmidt
- 22/ Die Planungszelle. Zur Praxis der Bürgerbeteiligung, Peter C. Dienel. Spanische Version: Los núcleos de intervención participativa, Sobre la puesta en práctica de la participación ciudadana, http://www.nuso.org/upload/fes_pub/dienel.pdf
- 21/ Das soziale Engagement der Unternehmen im Handwerk, Otto Kentzler
- 20/ Bürgerschaftliches Engagement und die Zukunft der Wohlfahrtsverbände, Rudolf Seiters
- 19/ Die soziale Bedingtheit bürgerschaftlicher Teilhabe, Barbara Stolterfoht
- 18/ Corporate Social Responsibility. Das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen, Dieter Hundt
- 17/ Das Dilemma von Tugend und Freiheit. Die Notwendigkeit von Eigenverantwortung in einer funktionierenden Bürgergesellschaft, Herfried Münkler und Anna Loll
- 16/ Auf dem Weg zur Bürgerkommune. Bürgerschaftliches Engagement in Heidelberg, Beate Weber
- 15/ Sport: Schlüsselbereich bürgerschaftlichen Engagements, Manfred von Richthofen, Michael Barthel und Manfred Spangenberg
- 14/ Geschäftsstrategie Verantwortung – Der Business Case im Corporate Citizenship, Susanne Lang und Frank Solms Nebelung. Englische Version: Responsibility as a Business Strategy – the Business Case in Corporate Citizenship. Spanische Version: La responsabilidad social como estrategia de negocios, http://www.nuso.org/upload/fes_pub/lang.pdf
- 13/ Wer braucht eigentlich die Bürgergesellschaft? Und wen braucht sie?, Wolfgang Hinte
- 12/ Der deutsche Weg zum bürgerschaftlichen Engagement von Unternehmen. Thesen zu Corporate Citizenship in Deutschland, Frank Heuberger, Maria Oppen, Sabine Reimer
- 11/ (K)ein Pflichtjahr für junge Menschen? Zur Konjunktur eines Irrtums, Anton Schaaf, MdB, und Andrea Franz
- 10/ Gemeinwohlorientierung als Bürgerpflicht – Das Engagement der Sparkassen für die Menschen und die Regionen, Dietrich H. Hoppenstedt
- 09/ Soziale Voraussetzungen der Bürgergesellschaft, Michael Sommer
- 08/ Bürgerengagement in der Aussiedler- und Integrationspolitik, Jochen Welt, MdB

-
- 07/ **Bürgerschaftliches Engagement der Unternehmen – seit langem gepflegt, nötiger denn je**, Michael Rogowski
- 06/ **Umriss einer neuen Sozialpolitik – Eigenverantwortung und Solidarität als Bildungsauftrag der Bürgergesellschaft und des Bürgerengagements**, Konrad Hummel
- 05/ **Bürgerschaftliches Engagement in der europäischen Zivilgesellschaft**, Wolfgang Thierse, MdB
- 04/ **Bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen – Erfahrungen aus Ostdeutschland**, Alexander Thumfart
- 03/ **Bürgerschaftliches Engagement unter den Bedingungen der Globalisierung**, Ernst Ulrich von Weizsäcker, MdB
- 02/ **Bürgerschaftliches Engagement gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit – Chancen und Handlungsmöglichkeiten**, Achim Trube
- 01/ **Leitbild Lebendige Bürgergesellschaft – Plädoyer für einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft**, Michael Bürsch, MdB. Englische Version: **Towards a New Social Contract – Civil Society, Civic Engagement and Participation**. Spanische Version: **La visión estratégica de la sociedad de ciudadanos**, http://www.nuso.org/upload/fes_pub/bursch.pdf